



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/197 - 28. August 1956

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31-33

Fernschreiber 0 886 890

Hinweise

auf den Inhalt:

Eine Schuld, die allzu leicht vergessen wird	S. 1
Wirtschaftsüberlegungen in den USA zum Suez-Problem	S. 3
Familiensorgen in der CDU von Rheinland-Pfalz	S. 5
Zonen-Justiz-Reform im Krebsgang	S. 7

---

## Kriegsfolgeausgaben im Bundeshaushalt

Von H.G.Ritzel, K.d.B.

Es ist eine beliebte Methode, das Anwachsen der Staatsausgaben als das Ergebnis einer "Umwandlung des Staates in einen Versorgungsstaat" zu bezeichnen. Diese oberflächliche Betrachtungsweise wird den Tatsachen nicht gerecht. Innerhalb des Bundeshaushalts 1956, der mit mehr als 35 Milliarden in Einnahme und Ausgabe abschliesst, handelt es sich zum geringsten Teil um Ausgaben, die von den Folgen des Hitlerregimes und des zweiten Weltkrieges unbeeinflusst sind. Wer behauptet, dass die Bundesrepublik ein Versorgungsstaat geworden sei, lässt gewollt oder ungewollt die Tatsache ausser acht, dass es zuerst der Staat gewesen ist, der unter nationalsozialistischer Führung Wirtschaft und Währung erschütterte, Existenzen und Menschen vernichtete, durch seine Kriegspolitik die Bombardierung blühender Gemeinwesen auslöste, hierdurch eine fürchterliche Wohnungsnot bewirkte, Entschädigungsforderungen und den Lastenausgleich erzwang und im ganzen auf Jahrzehnte hinaus Belastungen verursachte, die sich in Milliarden-Steueranforderungen ausdrücken und eine Dauerbelastung des Sozialeinkommens unseres Volkes bewirken, die zu immer erneuter Besinnung auf die Ursachen dieser Entwicklung zwingt.

Bei den Kriegsfolgeausgaben des Haushaltsjahres 1956 handelt es sich aber nicht nur um die im engeren Sinn als soziale Leistungen

bezeichneten Ausgaben für Kriegsfolgenhilfe, Lastenausgleich, Versorgung der 13ler und der Berufssoldaten der früheren Wehrmacht sowie um die eigentliche Kriegsofferversorgung und die Kriegsgefangenenentschädigung, sondern weitgehend auch um die Finanzierung anderer Kriegsfolgen. So würde ohne Hitlersystem und Hitlerkrieg niemals eine Finanzhilfe für Berlin erforderlich sein, der Wiederaufbau zerstörter Wohnungen erforderte keine Milliardenaufwendungen, es gäbe keine Vertriebenen und keine Sowjetzonenflüchtlinge, Notstandsgebiete entlang der heutigen Zonengrenze wären unbekannt, Aufwendungen für die Deutsche Bundesbahn wären in dem heute erforderlichen Umfang ebensowenig erforderlich, wie etwa für den Wiederaufbau Helgolands und der deutschen Handelsflotte. Ohne Hitlersystem gäbe es keine Wiedergutmachung an Israel und keine für die Opfer des Nationalsozialismus, keine Aufwendungen für Restitutionsen und keine Belastung des Verkehrshaushalts für die Wiederherstellung zerstörter Strassen und Brücken. Auch der bisherige Milliardenaufwand für Besatzungslasten und die heutigen Stationierungskosten fremder Truppen im Bundesgebiet wären unbekannt.

Stellt man bei vorsichtiger Berechnung die Ausgaben für Kriegsfolgen dem Gesamtbetrag des Haushalts von rund 35 Milliarden gegenüber, dann kommt man zu dem Ergebnis, dass mehr als 22 Milliarden Bundesausgaben die Folge von Hitlersystem und zweitem Weltkrieg sind. Hinzu kommen die Riesensummen in den Haushalten der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände, die direkt oder indirekt eine Folge des nationalsozialistischen Systems und des zweiten Weltkrieges sind. Gerade auch im Hinblick auf die höchst unerfreuliche Erneuerung nationalsozialistischer Gedankengänge auf manchen Gebieten unseres politischen Lebens erscheint es notwendig, unsere Staatsbürger besonders auch in ihrer Eigenschaft als Steuerzahler auf die auf uns allen ruhende fürchterliche Hypothek aufmerksam zu machen.

\* \* \*

Wenn der Suezkanal wirklich geschlossen werden sollte...

(Von unserem Korrespondenten in USA)

H.S. New York, Ende August

Während die Diplomaten noch verhandeln, beschäftigen sich bereits Amerikas nüchtern und realistisch denkende Industrielle, Verkehrssachverständige und sonstige Verantwortliche für Handelspolitik und Weltwirtschaft mit weiteren, fernliegenden, sachlichen Fragen von morgen.

Diese Realpolitiker sind Leute, denen es gleichgültig ist, ob der Suezkanal unter einer internationalen "Direktion" oder einem blossen "internationalen Kontrollamt" steht; es kommt ihnen darauf an, dass er offen bleibt, dass ihn Schiffe aller Flaggen ungehindert und ohne Aufschub passieren können, und dass die Transitgebühren nicht von Nasser willkürlich und unterschiedlich in die Höhe geschraubt werden. Dafür braucht man solide internationale Garantien; aber die Realpolitiker meinen, harte ökonomische Tatsachen seien bessere Garantien als internationale Kommissionen. Und die harten ökonomischen Tatsachen sprechen eine Sprache, die jeder Mann der arabischen Liga versteht.

Mögliche Kalamitäten verschiedener Art

Viele Gründe könnten den Kanal schliessen: Nassers Politik könnte das als Drohung mit sich bringen, ein Kriegsfall kann mit ein paar Bombenwürfen Schleusen und Pumpen brachliegen, oder eine Tarifierhöhung kann eine tatsächliche Schliessung des Kanals bedeuten. Parallel dazu könnte Saudi-Arabien seine Petroleumquellen, die zumeist in amerikanischem Besitz stehen, ebenfalls verstaatlichen; oder aber Syrien könnte seine Pipelines von Irak nach den syrischen Petroleumhäfen Tripoli und Baniyas schliessen, durch die heute tagaus tagein 120 000 Tonnen Rohöl ans Mittelmeer und von dort aus weiter nach Europa und Amerika fliessen. Alles das ziehen die Realpolitiker zur Zeit in Betracht, - und sie treffen vorbereitende Massnahmen für den Fall, dass eine dieser Kalamitäten, oder mehrere von ihnen, eintreffen sollten.

Die Realpolitiker sind Rohstoff- und Transportsachverständige der amerikanischen und britischen Regierung, Nachschuboffiziere von NATO, Statistiker der OEEC in Paris, und Schiffs- und Petroleumdirektoren aller wichtigen westlichen Länder. Private Industrielle und Spediteure diskutieren heute mit Regierungstechnikern diesen Fragenkomplex - soll man vorbereitend und vorsorglich Massnahmen für eine Benzinrationierung treffen, soll man die Pipelines umlegen, soll man nach neuen Petroquellen in "sicheren" Ländern, also ausserhalb der arabischen Welt, Umschau halten? Diese Sachverständigen sind bemerkenswert ruhig und gelassen; sie erinnern daran, dass, als Irans Mossadegh den Petrolstrom aus Iran stoppte, damals keinerlei Ölnappheit auf Erden eintrat - sondern man einfach den Nachschub aus Kuwait und Bahrein etwas beschleunigte. Infolgedessen sei auch heute keinerlei Panik angebracht - zumal da ja Saudi-Arabien sein Erdöl irgendwohin verkaufen muss, und nun einmal die arabischen Nachbarn - und auch die Sowjetunion! - als zahlungskräftige Abnehmer kaum in Betracht kommen.

Aber immerhin, es steht viel auf dem Spiel. Der internationale

Petroleumrat, ein konsultatives Organ der Petrolindustrie, beginnt bereits, den Markt für den Fall aufzuteilen, dass die Zufuhr von Erdöl aus dem Mittelosten stockt. Die neuen Bohrtürme in Venezuela und Columbia, deren Inbetriebnahme man zur Zeit hinausschiebt, weil genug Petrol vorhanden ist, kämen dann gerade recht. Man würde in Amerika gar nicht, und in Europa nur während einer ganz kurzen Übergangsperiode, das Benzin rationieren müssen; freilich ist südamerikanisches Öl in Europa teurer als arabisches Öl, weil die Transportkosten höher sind und es in Dollar bezahlt werden muss. Andererseits ist kaum ein Fall denkbar, dass überhaupt kein arabisches Öl mehr verfügbar ist; wenn die Syrer ihre Pipeline schliessen, wollen Engländer und Amerikaner gemeinsam eine neue Pipeline von Irak und Kuwait nach der politisch sicheren Türkei bauen, was technisch durchaus möglich ist - und bekämen dann in die türkischen Häfen so viel Petrol hineingepumpt, wie sie nur wollen.

#### Riesentanker, neue Pipelines, neuer Kanal?

Von den etwas mehr als 300 000 t Öl, die täglich von Mittelost ins Mittelmeer fliessen, kommt rund ein Drittel durch die syrischen Pipelines, aber zwei Drittel durch den Suezkanal, über 200 000 Tonnen täglich; ausserdem befördert der Kanal ja auch noch andere Güter und Frachten sowie Passagiere, wenn auch der Tankerverkehr mit Petrol den Löwenanteil am Kanalverkehr stellt. Eine Sperrung des Kanals würde also die Petrolversorgung des Westens empfindlicher treffen als eine Schliessung der syrischen Pipelines; aber auch da gäbe es Mittel und Wege, durch Umlegung des Verkehrs den Schaden zu begrenzen. Der Umweg über das Kap der Guten Hoffnung ist angesichts der grösseren Geschwindigkeit der heutigen Schiffe ganz so störende Verzögerung mehr wie vor 50 oder 80 Jahren; nur brauchte man natürlich, der längeren Reisedauer wegen, mehr Tanker und mehr Frachtdamper. Am Bau zusätzlicher neuer Riesentanker arbeiten ja alle Werften der Welt; nach relativ kurzer Übergangszeit könnte man den Bedarf auf diese Weise bewältigen - und faktisch, wenigstens als politisches Druckmittel, den Suezkanal trotz seiner Riesenbedeutung hinfällig machen. Der Passagierverkehr durch den Kanal nimmt sowieso ständig zugunsten des Flugverkehrs ab.

Und endlich besteht noch eine letzte grosse Trumpfkarte aller Länder und Menschen, die sich Nasser's Drohungen mit der Kanalschliessung nicht beugen wollen. Der Bau eines Parallelkanals durch israelisches Territorium - etwas weiter als die Strecke Suez-Port Said, aber technisch ohne weiteres zu bewältigen - wird heute ernsthaft erörtert. Von der israelischen Mittelmeerküste quer durch die Wüste des Negev hindurch nach dem Golf von Aquaba wäre das das Todesurteil für den Suezkanal - und schon die Planung eines solchen Parallelkanals wäre vermutlich für die Regierung in Kairo ein so hartes ökonomisches Druckmittel, dass sie die lauten Extremisten zum Schweigen bringen könnte. Ausserdem wäre selbstverständlich ein solcher israelischer Kanal eine ideale Trumpfkarte für Israel, gleichsam ein unblutiger Sieg über den ägyptischen Gegenspieler.

Der Bau von Riesentankern, neuer Pipelines oder gar einem neuen Kanal müssten natürlich sehr, sehr viel Geld kosten; aber finanzielle Bedenken werden zur Zeit zurückgestellt; Petroleumleute und Schiffahrtsdirektoren sind an gewaltige Investierungssummen gewöhnt, und für solche Zwecke sind ja auch immer Regierungskredite erhältlich.

\* \* \*

Kultusminister sind Mangelware

K.H., Mainz

"Kultusminister sind anscheinend Mangelware", erklärte dieser Tage ein bekannter rheinland-pfälzischer Politiker in Hinblick auf die Auseinandersetzungen, die innerhalb der CDU des Landes um die Nachfolge des kürzlich verstorbenen, auch von seinen politischen Gegnern geachteten rheinland-pfälzischen Kultusministers Dr. Finck entstanden sind. In Niedersachsen und Schleswig-Holstein hatte vor Monaten die Besetzung der entsprechenden Ministerien ebenfalls grosse Schwierigkeiten gemacht. Der Hausstreit in der CDU von Rheinland-Pfalz hat allerdings seine besondere Note, er ist "landschaftlicher Natur". Es war nämlich die pfälzische Gruppe der Partei, die bald nach dem Tode des ebenfalls aus der Pfalz stammenden verstorbenen Ministers nicht nur ihren Anspruch auf einen Ministersessel überhaupt, sondern speziell auf den des Kultusministers anmeldete.

Leider hat die CDU der Pfalz in dieser Angelegenheit das Pech, dass keiner der von ihr vorgeschlagenen Kandidaten besonders ernst zu nehmen ist. Ein Kandidat, ein Bundestagsabgeordneter, war den Wählern vor drei Jahren als besondere Kapazität im Wirtschaftsleben angepriesen worden. Ist das jetzt vielleicht eine besondere Empfehlung kultureller Art? Ausserdem hat er den Mangel auch der anderen, weniger bekannten Kandidaten: In der früheren, recht turbulent verlaufenen Auseinandersetzung um die Schulgesetze in Lande hat keiner von ihnen ein besonders ausgeprägtes Gefühl für die Gleichberechtigung der Konfessionen bewiesen. Die grösste Vorbelastung auf diesem Gebiet bringt ein Mann mit, dessen Name in diesem Zusammenhang auch bereits genannt wurde, der streitbare Präsident des Oberverwaltungsgerichts, Dr. Susterhenn.

Wie die CDU sich aus diesem Dilemma nun herausziehen wird, ist zur Stunde noch nicht bekannt. Es ist leicht möglich, dass man, ohne auf besondere fachliche Qualitäten zu achten, nach einer den äusseren Interessen entsprechenden Notlösung greifen wird, um wenigstens bei der nächsten Landtagsitzung im September nicht ohne Kultusminister dazustehen. Die Bestätigung dürfte dann keine grossen Schwierigkeiten machen, da die CDU über die absolute Mehrheit verfügt, wenn sie sich

war erst in ihren eigenen Reihen einig würde.

#### Sehnstüchtige Blicke nach der Saar

In einer anderen Frage, um die es ruhig geworden ist, obwohl sie noch immer auf der Landespolitischen Tagesordnung steht, hat die Rheinland-pfälzische Regierung in Mainz weniger Sorgen: in der Frage der Neugliederung. Nachdem das Volksbegehren im Frühjahr in vier Landes-teilen erfolgreich war, im wichtigsten Teil, in der Pfalz, durch eine Zersplitterung in eine bayerische und eine badische Richtung aber scheiterte, konnte man sich mit ruhigem Gewissen hinter der nächsten Instanz, dem Bundesinnenminister, verschanzen. Auch das badische Volksbegehren, das vor der Tür steht, und die für den Beginn des nächsten Jahres vorgesehene Rückgliederung der Saar geben genügend Grund, dass man sich in Mainz in seinen Ministersesseln noch einmal recht bequem zurechtrückte. Selbstverständlich unternimmt man nichts, um eine Klärung des Problems zu beschleunigen. Man wird allerdings auch nicht verhindern können, dass in den Brennpunkten der Neugliederung - Elfen, Westerwald, Rheinhessen und Pfalz - im bevorstehenden Kommunalwahlkampf wieder intensiv über die Haltung der CDU und der Landesregierung in diesem Punkt gesprochen werden wird.

Weniger erfreut ist man in diesem Zusammenhang jedoch, dass man an der Saar der Mainzer Regierung immer noch trotz aller Höflichkeit die kalte Schulter zeigt. Ministerpräsident Altmaier hätte gar zu gern seinen alten Traum, Rheinland-Pfalz zum "Auffangland" für das in den Verband der Bundesrepublik aufzunehmende Saargebiet verwirklicht, um damit die Daseinsberechtigung "seines" Landes zu beweisen. Auf keinen Fall möchte er deshalb heute daran erinnert werden, dass er in der Zwischenzeit einer der treuesten Schildkneppen Adenauers im Kampf für das abgelehnte Saarstatut war und der Bundesrat unter seinem Präsidium das Saar-Abkommen des Bundeskanzlers mit Frankreich hatte billigen müssen.

\* \* \*

Unheilbare Agenten-Psychose

KJ. Der Entstalinisierungsprozess in der Sowjetzone geht - um ein Bild zu geben - im Schneckentempo vor sich, gar zum Krebsgang aber scheint er im Justizwesen zu werden. Hier sind in der letzten Zeit wieder Urteile gegen angebliche Staatsvertracher ergangen, die nach westlichen Vorstellungen einfach unfassbar sind. Da ist der Fall von zwei Lübbener Arbeitern: weil sie westdeutsche Rundfunksender gehört und die Nachrichten ihren Freunden weitererzählt hatten, verurteilte sie das Cottbuser Bezirksgericht zu sieben Jahren Zuchthaus. Ein anderer Fall: Das Kreisgericht Weissenfels schickte dieser Tage einen Neunzehnjährigen für 18 Monate ins Zuchthaus, weil er ein paar Kirschbäumen die Kronen abgebrochen hatte. Der Richter war überzeugt, dass der junge Mann "dieses Verbrechen im Auftrage amerikanischer Agentenzentralen" begangen hat.

Die Reihe ähnlicher Urteile, vom angeblichen Spion bis zum "Abwerber" eines Lehrlings aus einem volkeigenen Betrieb, liesse sich noch lange fortsetzen. Aus allen jedenfalls wird deutlich, dass die Reden Pankows über die "Wiederherstellung der demokratischen Gesetzlichkeit" Schall und Rauch sind. Von einer echten Strafrechtsreform ist nichts zu merken. Die jetzt unter den sowjetzonalen Richtern und Staatsanwälten geführten Diskussionen um die Aufgliederung des berüchtigten Boykotthetze-Artikels 6 der Verfassung in einzelne konkrete Tatbestände zeigen deutlich, dass nicht der Geist der Justiz geändert werden soll, sondern nur ihre Formeln.

So soll beispielsweise nach der Empfehlung des Justiz-Professors der Martin-Luther-Universität in Halle, Dr. Gerhard Kühlig, der bisher angewendete Begriff der "Abwerbung" den Namen "Verleitung zur Republikflucht" bekommen. Der Tatbestand dieses Verbrechens soll so gefasst werden: "Wer es unternimmt, den Aufbau des Sozialismus in der DDR dadurch zu hemmen oder zu stören, dass er Bürger der Republik planmässig durch List oder Überredung, durch Anbieten, Versprechen oder Gewähren von Vorteilen oder durch Drohung zum illegalen Verlassen der DDR verleitet, wird... bestraft." Schon der Versuch gilt Kühlig - 8 -

also als vollendetes Delikt; die "Planmässigkeit des Verleitens" sieht er bereits dann, wenn der Täter aus "offener Feindschaft zur DDR" einer sich bereits auf der Flucht befindlichen Person Verhaltensmassregeln für die Eisenbahnfahrt gibt. Zugleich kann auf "Spionage" erkannt werden, weil ja der Flüchtling im Notaufnahmelager gewisse Aussagen über seine letzte Arbeitsstelle machen könnte.

Angesichts solcher juristischer Auffassung von Tatbestandsmerkmalen wird die Diskussion der Anwaltskollegien um eine Revision der Prozessordnung uninteressant. Was hilft es dem Häftling, wenn man ihm jetzt ausdrücklich das "Recht auf Verteidigung" zugestehen will, ihn nicht schon nach 8 Tagen Untersuchungshaft in Anstaltskleidung steckt und ihm Papier und Bleistift gibt, damit er seine Verteidigung eigenhändig schriftlich fixieren kann? Zugleich wird nämlich betont, dass sich die Verteidiger "ihrer Aufgaben im sozialistischen Staat" ständig bewusst sein müssten. Die angekündigte Erlaubnis für den Verteidiger, seine Funktion künftig in allen Stadien des Prozesses ausüben zu können, wird, so muss man einstweilen fürchten, genau so wirkungslos bleiben, wie die empfohlene "allseitige Erforschung der Persönlichkeit des Täters". Gewünscht werden nämlich kollektive Beurteilung von Betriebsgewerkschaftsleitungen und Parteinstanzen, und was dabei herauskommt, weiss man aus den Erfahrungen mit den Benjaminschen Schauprozessen: "Die Partei hat immer recht" ist nicht nur der Refrain des SED-Liedes, sondern böse Realität in allen Bezirken des Lebens in der Zone.

Ulbrichts Rede vom Frühjahr, wonach für die Strafverfolgungsbehörden der Grundsatz zu gelten habe: "weniger verhaften und mehr belehren!", hat sich inzwischen als sehr billige Zweckpropaganda erwiesen. Die geringfügigen Änderungen in der Praxis der politischen Justiz sind wertlos, wenn diese nicht in einem neuen Geiste interpretiert wird. Das aber ist solange unmöglich, als die Agentenpsychose der unentwegten Stalinisten, die unheilbar ist, herrscht.

\* \* \*

-----  
Verantwortlich: Peter Raunau